

Auf der Schulbank der Machtpolitik

Andreas Jacobs

Geboren 1969 in Kleve,
Stellv. Leiter der
Hauptabteilung Analyse
und Beratung, Konrad-
Adenauer-Stiftung.

Was die Vordenker des Realismus zur neuen Weltlage sagen würden

In seiner Rede auf der 62. Münchner Sicherheitskonferenz beschrieb Bundeskanzler Friedrich Merz am 13. Februar 2026 nichts weniger als eine neue Weltlage, die von Macht und Großmachtpolitik geprägt sei.

Macht verdränge das Recht als zentrales Ordnungsprinzip des internationalen Systems. Deutschland, so der Bundeskanzler an anderer Stelle, müsse „die Sprache der Machtpolitik“ lernen. Lernen wir also – am besten bei denen, die diese Sprache entwickelt und geprägt haben: bei den politischen Realisten.

In den Jahren vor und nach dem Zweiten Weltkrieg hat eine Gruppe von oft deutschstämmigen Wissenschaftlern in den USA internationale Politik vor allem in den Kategorien von Macht und Interessen

beschrieben. Die sich damals als „politischer Realismus“ konstituierende Denktradition in der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen war neu und revolutionär, blickte in ihren Grundannahmen jedoch auf eine lange Ahnenreihe zurück, zu der unter anderen Thomas Hobbes und Niccolò Machiavelli, vor allem aber Thukydides, einer der bedeutendsten Historiker der griechischen Antike, zählen. Was also hätten Thukydides und die zentralen Vertreter des „politischen Realismus“ zur heutigen Weltlage zu sagen?

Thukydides und die Macht des Stärkeren

Der Athener Geschichtsschreiber hat gegen Ende des fünften vorchristlichen Jahrhunderts die Verhandlungen zwischen der athenischen Großmacht und den Bewohnern der Kykladeninsel Milos in seinem „Melierdialog“ festgehalten. Das zentrale Zitat dieses bis heute diskutierten Textes aus dem Werk *Der Peloponnesische Krieg*, in dem es um das grundlegende Verhältnis von Recht und Macht geht, wird wie kein zweites zur Veranschaulichung der gegenwärtigen geopolitischen Lage bemüht: „Die Starken tun, was sie können, und die Schwachen erleiden, was sie müssen.“ Neutralität und Verträge zählen nicht mehr. Nicht Prinzipien und Recht entscheiden über Wohl und Wehe von Völkern, sondern allein die Macht des Stärkeren. Das ist die oft bemühte und nacherzählte Geschichte. Aber es ist nicht die ganze Geschichte.

Thukydides skizziert nicht nur die Funktionsweise von Machtpolitik, sondern deutet zugleich deren Gefahren und Grenzen an. Ihn interessieren vor allem die menschliche Natur und die Ursachen von Krieg und Konflikt. Sein moralisches und analytisches Urteil bleibt dennoch erkennbar – vor allem in den ausführlich geschilderten Argumenten der Melier. Diese halten den Athenern (Völker-)Recht, gegenseitigen Nutzen und Moral entgegen. Die Machtideologie Athens erscheint damit letztlich als Hybris und Selbstüberschätzung. Wer Thukydides als reinen Apologeten der Machtpolitik liest, verwechselt deshalb Beobachtung und Bewertung. Seine Bewertung fällt tatsächlich eindeutig aus: Das rücksichtslose Streben nach Herrschaft provoziert den eigenen Untergang. Macht benötigt Maß.

Reinhold Niebuhr und „America First“

Der US-amerikanische Theologe Reinhold Niebuhr (1892–1971) ist weit weniger bekannt als der antike Geschichtsschreiber. Zu Unrecht – denn viele politische Persönlichkeiten, von Martin Luther King über Samuel Huntington bis Barack Obama, nennen den deutschstämmigen Protestant als wichtige Referenz. Niebuhr hat in seinem 1932 erschienenen

Klassiker *Moral Man and Immoral Society* den bemerkenswerten Zusammenhang zwischen individueller Ethik und politischem Handeln herausgearbeitet. Mit Thukydides teilt er ein „realistisches Menschenbild“, das er allerdings aus dem philosophischen Dualismus des Augustinus und aus der protestantischen Ethik herleitet. Gut und Böse, Altruismus und Aggression liegen hier nahe beieinander. Niebuhrs zentraler Befund lautet, dass moralisches Handeln innerhalb der eigenen Gruppe zu unmoralischen Konsequenzen gegenüber anderen führen kann.

Wer die Interessen der eigenen Gruppe überhöht und über alles andere stellt, handelt daher nicht nur unchristlich, sondern fördert auch Krieg und Gewalt. Die Aktualität dieser Überlegung liegt auf der Hand. „America First“ heißt eben, dass alle anderen „second“ sind oder gar nicht erst vorkommen. Niebuhrs Blick auf die mit christlichen Etiketten imprägnierte MAGA-Bewegung wäre vermutlich mehr als ablehnend. Der Blick in sein fast hundert Jahre altes Werk schärft also auch heute noch das Verständnis für die Grenzen staatlicher Macht- und Interessenpolitik sowie für die Relevanz des christlichen Menschenbildes.

Hans J. Morgenthau und die Moral des Realismus

Zu den Rezipienten Niebuhrs gehört auch der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler und Jurist Hans J. Morgenthau (1904–1980), der eigentliche Begründer der Realistischen Schule der Internationalen Beziehungen. In seinem bis heute grundlegenden Buch *Politics among Nations* aus dem Jahr 1949 entwirft er eine umfassende Interpretation von Außenpolitik und zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Grundlage von Macht und Interessen. Internationale Politik ist nach Morgenthau wie jedwede Politik ein Kampf um die Macht. Staatliches Handeln zielt primär darauf, Macht zu erhalten, zu vermehren und zu demonstrieren. Ideologien, Institutionen und das Völkerrecht spielen in der Beschreibung Morgenthaus eine nachgeordnete Rolle.

Dennoch liefert er alles andere als eine theoretische Apologie moralfreier Machtethik. Als deutscher Jude, der 1937 in die USA emigrierte, war Morgenthau mit einem politischen Milieu vertraut, das in Kategorien von Macht und Interessen dachte. Und er war sich der Exzesse und Destruktivität dieses Milieus sehr bewusst. Für Morgenthau ist die Einsicht in die wirklichen, also machtpolitischen Funktionsgesetze der Politik die wichtigste Voraussetzung zur Erhaltung von Frieden und Stabilität. Einer idealistischen Gesinnungsethik setzt er das Konzept von *Statesmanship* – übersetzt als kluge und verantwortungsbewusste Diplomatie – entgegen. Frieden zwischen den Staaten ist aus dieser Perspektive das Resultat von Macht und Moral gleichermaßen. Gewährleistet und

gesichert wird ein solcher Frieden von erfahrenen und ethisch handelnden Politikern. Was könnte angesichts der heutigen globalen Konflikte aktueller sein?

Die Neorealisten und die Pole der Macht

Morgenthau hatte sich bereits während seines Studiums in Deutschland mit Gegenmachtbildungen und Machtgleichgewichten beschäftigt. Die Frage nach der „Polarität“ beziehungsweise nach der Machtverteilung im internationalen System sowie deren jeweiliger Auswirkung auf die Stabilität desselben rückten später die sogenannten Neorealisten ins Zentrum ihres Denkens. Vor allem der US-amerikanische Politikwissenschaftler Kenneth Waltz (1924–2013) arbeitete in seinem 1979 erschienenen Standardwerk *Theory of International Politics* heraus, dass in der internationalen Politik nicht das Machtstreben von Staaten entscheidend ist, sondern vielmehr die Machtrelationen zwischen diesen. Diese Machtrelationen prägen die spezifische „Struktur“ des internationalen Systems. Uni- oder bipolare Strukturen sind danach stabiler als multipolare. In Ersteren sorgt ein Hegemon für Stabilität, wenn die von ihm ausgeübte Führung auf Akzeptanz der Geführten und auf gegenseitigem Nutzen beruhen. Hegemonie erleichtert also Kooperation und stabilisiert Beziehungen.

Für Neorealisten stellt sich die aktuelle Weltlage so dar: Im transatlantischen Verhältnis fordern die USA zwar weiterhin Gefolgschaft, verringern aber gleichzeitig die sicherheitspolitische Gegenleistung. Die Hegemonie der USA gegenüber Europa schwindet also – und damit die europäische Akzeptanz amerikanischer Führung, und hiermit schwinden wiederum die Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Die Struktur des internationalen Systems wird durch das Erstarken und Agieren von China, Russland und anderen Mächten multipolarer. Europa ist zum machtpolitischen Nachsitzen gezwungen und muss sicherheitspolitisch souveräner werden.

Der kanadische Premierminister Mark Carney hat dies in seiner bemerkenswerten Rede im Januar 2026 in Davos prägnant formuliert: In einer Welt schwindender US-Hegemonie, zunehmender Multipolarität und erodierender Regeln und Werte müssen sich die demokratischen Mittelmächte zusammentun und – so würden es die Neorealisten formulieren – Gegenmacht gegen unberechenbare Großmächte bilden.

Was können Deutschland und Europa also von den Klassikern des machtpolitischen Denkens lernen? Vielleicht Folgendes: Das Beschreiben und Verstehen politischer Realitäten darf nicht mit ihrer ethischen Begründung verwechselt werden. Wer den gegenwärtigen

Aufschwung von Autokraten und Populisten als einen Siegeszug des politischen Realismus erachtet, hat diese Denkschule nicht verstanden. Die Vordenker der Machtpolitik wollen autokratisches und imperiales Handeln nicht rechtfertigen, sondern es verstehen und erklären. Für sie braucht Macht immer Moral und Maß. Nationaler Egoismus ist aus realistischer Sicht ebenso schädlich wie naiver Altruismus. Der kluge Politiker ist weder machtbesessen noch machtvorgessen – er ist vielmehr machtbewusst.

Aus einer solchen machtbewussten Perspektive ist offensichtlich, dass sich Beziehungen zwischen Staaten immer ändern, sobald sich die Machtverhältnisse zwischen ihnen verschieben. Wenn im Staatenverhältnis Führung schwindet und Dominanz hervortritt, ist Gegenmachtbildung die Folge. Europa ist gezwungen, militärisch eigenständiger zu werden, und wird dadurch weniger auf Kooperation mit den USA angewiesen sein. Transatlantiker mögen dies bedauern. Realisten stellen sich darauf ein. Nicht das Klagen über den Verlust transatlantischer Gewissheiten oder über das Schwinden der regelbasierten Ordnung ist also die Lehre eines „wertebasierten Realismus“ (Alexander Stubb), sondern die Arbeit an einem eigenständigen Machtzentrum der europäischen Demokratien in einer multipolaren Welt.